

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Dr. G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 M. bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 M.; durch die Post monatlich 2.60 M. freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramez 8 Pfl.; amlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwanngeweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlag in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramez des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhresdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleindittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 231

Freitag, den 3. Oktober 1930

82. Jahrgang

Ämtlicher Teil

Das im Grundbuche für Brettnig Blatt 651 auf den Namen der Leberstanzersche Frau **Flora Vina Gneuß geb. Gebler** in Brettnig eingetragene Grundstück soll **den 21. November 1930, vormittags 9 Uhr** an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuch 10 Nr. groß und nach dem Verkehrswert auf 15 210 RM geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 15 000 RM; sie entspricht dem Friedenshauptpreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Gef. vom 18. 3. 1921, GBl. S. 72). Das Grundstück trägt die Nr. 137 des Flurbuchs für Brettnig und die Nr. 120 F der Ortsliste. Es liegt links der Staatsstraße Radeberg-Bischofswerda und ist mit 1 Wohngebäude bebaut. Das Wohngebäude besteht aus Keller, Erd-, Ober- und zum Teil ausgebautem Dachgeschoss mit darüber befindlichem Bodenraum und ist mit Schieferdach auf Schalung eingedeckt. Das Gebäude befindet sich in gutem baulichen Zustande. Die Miete beträgt 552 RM einschließlich eines Aufschlages von 20 v. H.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 6).

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 24. August 1930 verlaublichen Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusetzen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Ämtsgericht Pulsnitz, am 26. Sept. 1930.

Abbau von Kriegsopferrechten

Britton fordert Revision des Versailler Vertrages

Wie der Pressedienst des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerehrenterleiener mitteilt, hat das Reichsarbeitsministerium Maßnahmen im Erlaßwege angeordnet, die eine starke Beeinträchtigung bisheriger Rechtsgepflogenheiten darstellen. So ist u. a. angeordnet:

- Zuschüsse an versorgungsberechtigte Offiziere und ihre Witwen sind mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 bis auf weiteres um 10 v. H. des Zahlungsbetrages zu kürzen. Ruhegehaltsempfängern, die infolge einer Dienstbeschädigung in ihrer Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. gemindert sind, werden die Zuschüsse auf Antrag ungekürzt gewährt.
- Die Zahlung von Versorgungsgebühren ist von Beginn ab dem ersten des Monats, in dem die Bewilligung ausgesprochen wird. Ausgenommen hiervon ist die Bewilligung von Eltern- oder Erziehungsbeihilfen, für die der Zahlungsbeginn nach den bisherigen Vorschriften festzusetzen ist.
- Kindergulagen bei Berufsausbildung über das 18. Lebensjahr hinaus sind künftig nur zu bewilligen, wenn der Beschädigte eine Rente von mindestens 50 v. H. bezieht.
- Witwen- und Waisenbeihilfe soll künftig nur bewilligt werden, wenn der Verstorbene im Zeitpunkt des Todes eine Rente von mindestens 50 v. H. bezogen hat.
- Witwen, die sich wieder verheiratet haben und deren Ehe geschieden ist, sollen künftig keine Witwenbeihilfe mehr erhalten.
- Unterstützungen bei entwerteten Zahlungen sind künftig nicht mehr zu gewähren.
- Zufahrten an Leichtbeschädigte soll künftig nur noch gezahlt werden, wenn sie sich wegen ihrer Dienstbeschädigung einer Seilbehandlung unterziehen müssen, aus diesem Grunde arbeitsunfähig sind und ohne allen Zweifel nur deshalb aus ihrer Arbeitsstelle entlassen wurden. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen wäre die Zufahrt aber höchstens für die Dauer von drei Monaten zu zahlen.

Darüber hinaus hat das Reichsarbeitsministerium den Verwaltungsbehörden die Nachprüfung der Höhe der Elternversorgung, der Witwen-, Waisen- sowie der Erziehungsbeihilfen zur Pflicht gemacht. Für peinlichste bürokratische Durchführung ist Sorge getragen durch die Anordnung, daß die Versorgungsbezüge auch neu festzustellen sind, wenn sich der zu zahlende Betrag um weniger als eine Reichsmark ändert.

Der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerehrenterleiener weist mit aller Entschiedenheit diese neuen Eingriffe in die Rechtsverhältnisse der Versorgungsberechtigten zurück. In einer dem Reichstage in Vorlage gebrachten Eingabe ist das Ergebnis der im ganzen Reich stattgefundenen Protestkundgebungen mit dem Ziele der Beseitigung der Notverordnung zusammengefaßt.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Reichskanzler Brüning empfing am Donnerstag vormittag als Vertreter der Reichspartei des deutschen Mittelstandes den Reichsminister Dr. Bredt und Reichstagsabgeordneten Dreweiz. Dem folgte eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, und dem Abg. Wels. Anschließend daran empfing der Reichskanzler im Beisein des Reichsministers Schiele die Abgeordneten Graf Beskarp und von Lindeiner-Wildau. Alle diese

Besprechungen dienen der näheren Unterrichtung über den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung und der Aussprache über die politische Lage. Am Nachmittag fand ein Empfang von Vertretern der Landvolkpartei und der Deutschen Staatspartei statt. Die Besprechungen mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten sind erst für die nächsten Tage vorgesehen.

Im Anschluß an die Besprechung zwischen Reichskanzler Brüning und den Sozialdemokraten hielt der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Sitzung ab, in der über die Besprechung beim Reichskanzler Bericht erstattet wurde. — Die Deutschnationale Reichstagsfraktion ist für den 13. Oktober, den Tag des Zusammentritts des Reichstages, zu ihrer ersten Sitzung einberufen worden.

Im Reichstagsgebäude herrscht jetzt bereits reges Leben.

Zahlreiche neue Abgeordnete sind schon in Berlin eingetroffen, um sich die Stätte ihres künftigen Wirkens anzusehen. Ferner hat die Verteilung der Arbeitszimmer für die Abgeordneten begonnen, die die Anwesenheit führender Fraktionsmitglieder notwendig macht. Im Plenar-Sitzungsraum schreiben die Umbauten fort. Es sind nicht nur neue Schreien aufzustellen, sondern infolge der Neueinteilung muß auch die ganze Abstuftung des Saalbodens geändert werden. Die Umbauarbeiten sollen bis zum 10. Oktober beendet sein.

Dr. Curtius aus Genf abgereist.

Genf. Reichsaussenminister Dr. Curtius ist Donnerstagabend nach Berlin abgereist. Die Führung der deutschen Delegation hat bis zum Abschluß der Tagung der Völkerverversammlung am Sonnabend Graf Bernstorff übernommen. Die deutsche Delegation reist am Sonnabendabend aus Genf ab.

Am Sonnabend vormittag findet eine Kabinettsitzung statt, in der Dr. Curtius einen Bericht über die Völkerverversammlung erstatten wird. Im Anschluß daran wird der Reichskanzler Dr. Brüning einen Bericht über die politische Lage geben.

Dr. Schacht über die Lage in Deutschland

New York, 2. Okt. Dr. Schacht, der an Bord der „Resolute“ in New York eingetroffen ist, lehnte zahlreiche an ihn gestellten Fragen über die jetzige politische Konstellation in Deutschland ab. Er unterstrich aber, daß das Gerede über die Uebernahme der Regierungsgewalt durch die „Faschisten“ lediglich zum Hausgebrauch bestimmt und jedenfalls nicht ernst zu nehmen sei. Die Grundfragen, die das deutsche Reich gegenwärtig lösen müsse, seien mehr wirtschaftlicher als politischer Natur. Deutschlands Wiederaufstieg sei an die Behebung der Handelsbeziehungen zu Rußland und den anderen Ländern gebunden. Die Goldanhäufungen in Frankreich seien überaus bedenklich.

500 Millionen Auslandskredite.

Berlin, 2. Oktober. Die Vossische Zeitung schreibt: Der Auslandskredit, den die Reichsregierung zur Abdeckung der schwebenden Schuld aufnehmen will, soll rund 500 Mill. RM. betragen und ein- bis dreijährige Lauffrist haben. Für eine Verzinsung und Emission werden die Bestimmungen der Younganleihe maßgebend sein, die bei 5 1/2 v. H. nomi-

Das Wichtigste

In der Nacht zum Donnerstag ging auf den Höhen um Dresden die Temperatur bis auf den Gefrierpunkt zurück. Der Fichtelberg notierte als Temperaturnitimum 3 Grad Kälte.

Wie der Reichshund der höheren Beamten mitteilt, ist Dr. Kälz von der Leitung des Bundes zurückgetreten. Die Leitung liegt in den Händen des stellvertretenden Vorsitzenden Oberbaurat Schtternach. Im Neuhorner Stadtteil Greenwald stürzte ein kleines Wohnhaus ein, während die Bewohner schliefen. 5 Personen wurden getötet, 8 schwer verletzt.

neller Verzinsung eine Effektivverzinsung von etwa 7 v. H. durch ihren niedrigen Emissionskurs erhielt. Es bleiben dann weitere 760 Millionen RM. schwebender Schuld übrig. Davon werden rund 400 Millionen durch Reichsschatzwechsel aufgebracht werden, der Rest durch weitere Auslandskredite. Die Abdeckung der gesamten Schuld soll vom 1. April nächsten Jahres an in Monatsraten von 35 Millionen RM. vorgenommen werden, wobei zunächst die kurzfristigen Innenkredite daran kommen dürften.

Deutsche sind Freiwild in Polen.

Danzig. Die Ausschreitungen von Polen gegen die deutsche Bevölkerung Pommerns nehmen in der jüngsten Zeit geradezu beängstigende Formen an. Als in Thorn, wo eine Gruppe polnischer Schützen über einige Jugendliche herfiel und sie verprügelte, drei deutsche Passanten zu schlichten versuchten, wurden sie von den Schützen überfallen. Die Bande stürzte sich mit Revolvern und Seitengewehren auf die wehrlosen Bürger. Obwohl ein polnischer Major vorüberkam und die kalten Hilferufe der Ueberfallenen hörte, schritt er nicht ein, ebenso auch nicht ein in geringer Entfernung stehender Schutzmann. Einer der Ueberfallenen rettete sich schließlich in ein Lokal und versuchte, telephonisch die Polizei zu benachrichtigen. Die polnischen Schützen verfolgten ihn auch hierher. Schließlich gelang es den Ueberfallenen, in das Polizeikommissariat zu fliehen. Auch hier stellten sich die Schützen bald ein und behaupteten, einer der drei Passanten habe Marschall Pilsudski beleidigt. Obwohl das nicht zutrifft, schritt die Polizei gegen die polnischen Schützen nicht ein.

Am 6. November Tagung des Abrüstungsausschusses.

Genf. Der vorbereitende Abrüstungsausschuß des Völkerbundes ist jetzt offiziell für den 6. November d. J. einberufen worden. Nach den bisherigen Beschlüssen der Völkerverversammlung soll dies die letzte Tagung des Ausschusses vor der Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz sein.

Das größte Hindernis für den Weltfrieden.

Der Vorsitzende des amerikanischen Marineauschusses fordert Revision von Versailles.

Washington. Der Führer des „Großflottenblocks“ im amerikanischen Kongreß und Vorsitzende des Marineauschusses des Abgeordnetenhauses, Britton, fordert in einer Erklärung die Revision des Versailler Vertrages, den er als „das größte Hindernis für den Weltfrieden“ bezeichnet. Das sei auch für Amerika von grundlegender Bedeutung. Britton, der seine Erklärung das Ergebnis einer Europa-reise und eines eingehenden Studiums der europäischen Verhältnisse nennt, fordert die Beseitigung des polnischen Korridors und eine Neuordnung der europäischen Grenzen, wie sie der Versailler Vertrag ist. Nur durch diese und durch „Gottes Fügung“ allein könne man einen neuen Weltkrieg wirksam verhindern.